



POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT / UKRAINE

Präsident Juschtschenko kämpft um seine Macht – Nascha Ukraina geht in die Opposition

von André Drewelowsky und Ralf Wachsmuth,
Außenstelle Kiew

Kiew, 9. Oktober 2006

Die Koalitionsverhandlungen zwischen dem Juschtschenko-nahen Block Nascha Ukraina (NU) und den Vertretern der Anti-Krisen-Koalition (Partei der Regionen, Sozialisten, Kommunisten) sind gescheitert – am 4. Oktober erklärte NU-Fraktionschef Roman Bessmertny, seine politische Kraft gehe in die Opposition. Die Nascha-Ukraina-Minister Roman Swarytsch (Justiz) und Jurij Pawlenko (Jugend, Sport und Familie) werden möglicherweise ihre Regierungsposten ebenso verlassen müssen wie die zur Quote von Nascha Ukraina gehörenden, parteilosen Minister Jurij Poljatschenko (Gesundheit) und Ihor Lichowyj (Kultur und Tourismus). Ob Außenminister Tarasjuk, dessen Partei Ruch am 4. Oktober als eine der ersten den Wechsel in die Opposition angekündigt hatte, und Verteidigungsminister Hryzenko den hohen Grad an Leidenschaft besitzen, weiterhin aus Loyalität zum Präsidenten in ihren Ämtern zu verbleiben oder zurücktreten, ist noch unklar. Beide und Innenminister Luzenko (Hryzenko und letzterer parteilos) gehören zur sogenannten ‚Quote des Präsidenten‘.¹

Jetzt ist also doch der von vielen politischen Beobachtern vorausgesagte Bruch zwischen Präsident Juschtschenko und Premierminister Janukowytsch vollzogen worden. Der Versuch des Präsidenten, seinen Widersacher durch den ‚Pakt der nationalen Ein-

heit‘ und die Einbeziehung der ihm nahe stehenden Partei Nascha Ukraina in die Anti-Krisen-Koalition an seinen politischen Kurs zu binden, dürfte damit gescheitert sein. Verlierer in diesem Machtpoker sind der Präsident, die Partei der Regionen und Nascha Ukraina. Lachende Dritte sind die Kommunisten und Julia Timoschenko.

Juschtschenko geht in die Offensive

Der Machtkampf zwischen Juschtschenko und Janukowytsch hatte sich in den vergangenen Wochen im Zuge der Umsetzung der Verfassungsreform und aufgrund fehlender Gesetze, die das Verhältnis zwischen Ministerkabinett und Präsidentschaft regeln, immer weiter zugespitzt. Nachdem Janukowytsch mit seiner Anti-Krisen-Koalition gleich an mehreren Fronten die Autorität des Präsidenten in Frage gestellt hatte – unter anderem durch die Erklärung des Ministerkabinetts, an Juschtschenkos Weisungen künftig nicht mehr gebunden zu sein, durch Janukowytschs Anti-NATO-Auftritt in Brüssel und durch die Bemühungen, Juschtschenkos Einfluss auf die Ernennung und Absetzung von Oblast-Gouverneuren zu kippen – zog Juschtschenko die Notbremse und startete im Rahmen einer Machtoffensive einen umfassenden Personalumbau im Präsidentschaftsamt, um gegen künftige Angriffe von Seiten Janukowytschs besser gewappnet zu sein. Am 15. September wurde Präsidentschaftsamtchef Oleg Rybatschuk, ein langjähriger Weggefährte Juschtschenkos, entlassen und durch Ex-Katastrophenminister Viktor Baloha ersetzt. Baloha hat inzwischen eine strenge Hierarchie im Präsidentschaftsamt eingeführt und alle bislang direkt dem Präsidenten unterstellten Abteilungen unter seine Fittiche gebracht. Doch nicht nur die Waffen der Präsidentschaftsverwaltung versucht Juschtschenko zu schärfen: Er scheint auch zu beabsichtigen, den unter seinem Vorsitz stehenden Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat (NSVR) zu einem Organ mit erweiterten Befugnissen umzugestalten, um unter vermehr-

¹ Die ukrainische Verfassung gesteht dem Präsidenten das Recht zu, den Außen- und Verteidigungsminister vorzuschlagen (Art. 106, Absatz 10). Der Innenminister wurde in den Verhandlungen mit der Partei der Regionen der Quote des Präsidenten hinzugefügt.

ter Anwendung des Instruments präsidienteller Erlasse an Regierung und Parlament vorbei seine Politik durchzusetzen.

Triumph der Kommunisten

Das Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen Nascha Ukraina, Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten ist zurückzuführen auf eine allseitige Starrköpfigkeit der Verhandlungspartner. Nascha Ukraina forderte, den Inhalt des Anfang August geschlossenen ‚nationalen Einheitspaktes‘ (siehe unseren Bericht vom 10. August 2006) vollständig in den Koalitionsvertrag zu übernehmen, und wollte sich darüber hinaus ein regierungsinternes Vetorecht vorbehalten – ein Verlangen, das auf heftigen Widerstand stieß. Die Partei der Regionen und insbesondere die Kommunisten weigerten sich ferner, in den strittigen und für den Präsidenten höchst sensiblen Punkten (NATO-Beitritt der Ukraine, Russisch als zweite Amtssprache, Regionalpolitik) nachzugeben und ließen Nascha Ukraina vor die Wand fahren.

Es ist mehr als unverständlich, weshalb sich die Partei der Regionen nun praktisch zur Geisel der Kommunisten macht, einer austerbenden Gruppe von rückwärtsgewandten und reformunwilligen Sowjetveteranen, die bei Abstimmungen im Parlament künftig das Zünglein an der Waage spielen können. Für die Verabschiedung von Gesetzen zur Liberalisierung der Wirtschaft, denen sich die Kommunisten widersetzen dürften, wird die Partei der Regionen nun auf Stimmen aus der Opposition – in erster Linie von Nascha Ukraina – angewiesen sein. Welche konkreten Gründe die Partei der Regionen, die sich selbst als Mitte-Rechts-Partei sieht, veranlassen haben können, sich ausgerechnet in die Abhängigkeit der Kommunisten zu begeben, ist eines der ungelösten Rätsel in dem Verhandlungsdurcheinander der letzten Wochen. Möglicherweise sitzt das Misstrauen in der Partei der Regionen nach den schlechten Erfahrungen mit Nascha Ukraina im Juli so tief, als Nascha Ukraina aus heiterem Himmel eine bereits festgezurrte Koalitionsvereinba-

rung – mit Jechanurow als Premierminister – platzen ließ, dass sie glaubt, dieser Partei nicht trauen zu können. Ob sie mit den Kommunisten ein besseres Los gezogen hat, muss sich erst noch erweisen.

Quo vadis, Nascha Ukraina?

Die Volksunion Nascha Ukraina (VUNU), erst im März vergangenen Jahres als „Partei des Präsidenten“ ins Leben gerufen und mit dem Ehrgeiz gestartet, das Mitte-rechte Spektrum des Landes zu erobern und als Regierungspartei die Geschicke des Landes zu bestimmen, hat eine klassische Bruchlandung hingelegt. Mit dem Gang in die Opposition hat die Partei ein weiteres Debakel erlebt. Die sich wochenlang hinziehenden Verhandlungen mit der Anti-Krisen-Koalition über eine Regierungsbeteiligung nahmen zunehmend die Züge einer drittclassigen Provinzposse an, in der beide Seiten es an Kompromissfähigkeit fehlen ließen. Nun hat Nascha Ukraina die Gelegenheit, in der Opposition über die Fehler der Vergangenheit nachzudenken und personelle und strukturelle Konsequenzen zu ziehen. Mit einem „Augen zu und weiter so“ ist es nicht getan. Es wird nicht lange dauern, bis Julia Timoschenko, die sich selbst als Königin der Opposition sieht und nun wieder ganz in ihrem Element ist, trotz ihrer schlechten Erfahrungen mit NU ihre Fühler in Richtung NU ausstrecken wird, um ihr eine Beteiligung an ihrer interfraktionellen Opposition – was so viel bedeutet wie Koalition in der Opposition – schmackhaft zu machen. Bisher besteht die interfraktionelle Opposition aus 126 Abgeordneten: 124 vom Block Julia Timoschenko und (sage und schreibe) 2 (!) abtrünnigen Abgeordneten der Sozialisten. Sollte die neue Lichtgestalt in Partei und Fraktion von Nascha Ukraina Mykola Kateryntschuk an Einfluss gewinnen und eventuell sogar den glücklos agierenden Roman Bessmertny ablösen, könnte Timoschenkos Wunschtraum in Erfüllung gehen, uneingeschränkte Herrscherin über die Opposition zu werden, die Speerspitze im Feldzug gegen Janukowytsh zu bilden und ihre Chancen mit Blick auf die

nächsten Präsidentschaftswahlen zu verbessern.

Ob und in welcher Form NU und der Block Julia Timoschenko in der Tristesse der Opposition zusammenarbeiten werden, wird sich schon in Kürze zeigen. In etwa anderthalb Monaten planen die Oppositionsparteien, auf dem Majdan dem auf der Intensivstation im Koma versunkenen Geist der ‚orangenen Revolution‘ wieder auf die Beine zu helfen. Da-



*Ruslana Lyzhychko (NU),
Abgeordnete des ukraini-
schen Parlaments*

zu bedarf es allerdings mehr als der heißen Rhythmen einer auf der Bühne rockenden Abgeordneten der Werchowna Rada (Platz 5 auf der Liste von Nascha Ukraina). Wird es diesmal zu einem Schulterschluss zwischen Juschtschenko und Timoschenko kommen, oder wird die Veranstaltung ähnlich enttäuschend ablaufen wie im vergangenen Jahr, als die ‚orangenen‘ Sympathisanten vergeblich auf ein Zeichen der Versöhnung warteten?

Fraktion und Partei Nascha Ukraina sollten sich gut überlegen, ob es für die Zukunft von NU gut ist, den betörenden Sirengesängen Timoschenkos zu erliegen. Stattdessen sollte sich NU – auch um ihre in tiefe Depression verfallene Gefolgschaft neu zu motivieren – neu formieren, endlich ein aussagekräftiges und nachhaltiges Grundsatzprogramm geben und ihr Profil gegenüber Timoschenkos Block und den übrigen Parteien im Parlament schärfen. Die schon fast Jahre andauernde Diskussion um die Schaffung einer einheitlichen Mitte-rechten Volkspartei muss endlich ein Ende finden. Die Führer der kleineren Parteien im Bündnis müssen aufhören, auf Kosten der Gesamtfraktion und der Zukunft der Allianz ihre Egos zu pflegen. Zwei wichtige ehemalige Alliierte, die Partei Reformen und Ordnung und die Ukrainische Volkspartei, hatten bereits im vergangenen Jahr aus Enttäuschung über die Führung von NU das Weite gesucht und sind aus dem Parlament

verschwunden. Allerdings wird die mit faden-scheinigen Begründungen unterlegte Ankündigung von Juschtschenko, seinen Ehrenvorsitz in der VUNU möglicherweise aufzugeben, der Partei einen harten Schlag versetzen. Denn seine Person war der Kitt, der diese in sich zerstrittene Partei zusammengehalten hat. Die Frage, wie eine Partei ohne Galionsfigur und ohne Programm im politischen Wettbewerb überleben will, kann nur die Parteiführung von Nascha Ukraina geben.

Ferner sollte NU trotz der zu erwartenden „Haltet den Dieb!“-Rufen von Timoschenko den Gesprächsfaden mit der Partei der Regionen nicht abreißen lassen. Obwohl sich beide gegenseitig durch ihre Starrköpfigkeit das Leben schwer gemacht haben, gibt es zu einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit keine Alternative. Die Partei der Regionen ist nicht der homogene pro-russische Block, als der sie in der Öffentlichkeit gerne einseitig dargestellt wird, sondern erlebt zur Zeit einen heftigen Generationswechsel, der sich hinter den Kulissen ohne die sonst bei anderen Parteien übliche Nabelschau vollzieht.

Verfassungschaos

Das Machtgerre zwischen dem Präsidenten einerseits und dem Ministerkabinett sowie dem mehrheitlich auf Regierungsseite stehenden Parlament andererseits war im Grunde vorprogrammiert: Jetzt erst realisieren die Ukrainer die Folgen der unausgegorenen Verfassungsreform, die im Zuge der Orangenen Revolution am 8. Dezember 2004 als Kompromisslösung verabschiedet worden war (im Volksmund auch als „Kutschmas Fluch“ oder „Kutschmas Rache“ bekannt) und seit dem 1. Januar 2006 in Kraft ist. Durch diese Reform verlor der Präsident zahlreiche Machtbefugnisse, während die Regierung und das Parlament an Gewicht gewannen. Undeutliche Formulierungen und fehlende Ausführungsbestimmungen sorgen jedoch für Chaos. Jeder interpretiert seine Textversion gerade so, wie es ihm passt. Die einen (vor allem Juschtschenko selbst) träumen davon, die Verfassungsreform rückgängig zu machen, die ande-

ren (z.B. die Partei der Regionen) wollen sie noch ausweiten und dem Präsidenten noch mehr Vollmachten nehmen.

Viktor gegen Viktor

Die ersten zwei Monate der neuen Regierung Janukowytsch waren gespickt mit Angriffen auf den seit Januar 2006 ohnehin bereits eingeschränkten Machtbereich des Präsidenten.

Ein erstes Warnsignal war die Erklärung Janukowytschs auf seiner Russlandreise am 16. August, seine Partei verfolge weiterhin das Ziel, Russisch als zweite Amtssprache der Ukraine einzuführen, benötige dafür aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, über die sie noch nicht verfüge. Das Präsidialamt zeigte sich empört, da die Partei der Regionen noch zwei Wochen zuvor bei der Unterzeichnung des ‚nationalen Einheitspaktes‘ das Ukrainische als Staatssprache anerkannt hatte. Doch dieser ‚Einheitspakt‘ ist eine reine Absichtserklärung ohne jede rechtliche Bindung. Zumindest bei der Partei der Regionen kann sich heute kaum noch jemand an den Inhalt dieser Vereinbarung erinnern.

Nach der Sommerpause setzte sich der Machtkampf zwischen Janukowytsch und Juschtschenko dann gleich mit einem Paukenschlag fort: Auf einer gemeinsamen Sitzung dreier Regierungsausschüsse wurde am 29. August unter Vorsitz von Vizepremier Asarow ein Beschluss verabschiedet, der es dem Präsidenten verbietet, der Regierung Weisungen zu erteilen. Eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung des Ministerkabinetts werde vorbereitet, hieß es. Außerdem wies Oleksandr Lawrynowytsch, stellvertretender Minister im Ministerkabinet, darauf hin, dass Erlasse des Präsidenten vor der Veröffentlichung vom Premierminister und den entsprechenden Fachministern unterzeichnet werden müssten – erst dann träten sie ordnungsgemäß in Kraft.² In der

² Artikel 106: „Erlasse des Präsidenten, die die Punkte 5, 18, 21, 23 dieses Artikels betreffen [Ernennung und Entlassung von Diplomaten, Entscheidungen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Notstand, Gerichtswesen] werden durch die Unterschriften des

Verfassung steht jedoch nicht, was geschieht, wenn das Ministerkabinet sich weigert, die Erlasse des Präsidenten zu unterzeichnen bzw. auszuführen. Das Lager des Präsidenten reagierte scharf: Die Regierung habe nicht das Recht, durch eine Verweigerung ihrer Unterschriften die Erlasse des Präsidenten zu blockieren. Das Recht des Präsidenten auf die Herausgabe von Verordnungen, die landesweit ausgeführt werden müssten, sei in der Verfassung festgeschrieben.³

Zu einem weiteren Schlachtfeld zwischen Präsident und Regierung wurde die Außenpolitik: Während seiner ersten Brüssel-Reise am 14. September erklärte Premierminister Janukowytsch, sein Land strebe zur Zeit keine Mitgliedschaft in der NATO an. Diese klaren Worte, die angesichts der Tatsache, dass die große Mehrheit der Ukrainer einen NATO-Beitritt ablehnt und auch viele NATO-Staaten einer zu schnellen Mitgliedschaft nur mit großen Bauchschmerzen zustimmen würden, nur allzu verständlich sind und als vernünftig gelten müssten, schlugen in Kiew wie eine Bombe ein und führten im Präsidialamt zu fast hysterischen Reaktionen. Denn sie entsprechen nicht dem Kurs des ukrainischen Präsidenten, der laut Verfassung für die Richtungsgebung in der Außenpolitik zuständig ist.⁴ Sofort hagelte es Gegendarstellungen aus dem Präsidialamt, dem Außen- und dem Verteidigungsministerium.

Verteidigungsminister Hryzenko erklärte, seine Beamten würden sich auch in Zukunft für einen NATO-Beitritt der Ukraine einsetzen – „unabhängig von diesen oder jenen Äußerungen auf dieser oder anderen Auslandsreisen [des Premierministers]“. Das Prä-

Premierministers der Ukraine und des Ministers, der für den Erlass und dessen Ausführung verantwortlich ist, bestätigt.“

³ Artikel 106: „Auf Grundlage und zur Ausführung der Verfassung und der Gesetze der Ukraine gibt der Präsident der Ukraine Erlasse und Verordnungen heraus, die auf dem Gebiet der Ukraine der obligatorischen Ausführung unterliegen.“

⁴ Artikel 106, Absatz 3: „Der Präsident der Ukraine vertritt den Staat in internationalen Beziehungen, realisiert die Führung der außenpolitischen Aktivitäten des Staates, führt Verhandlungen und schließt internationale Verträge der Ukraine.“

sidentenlager warf Janukowytsch erneut vor, den ‚Pakt der nationalen Einheit‘, in der sich die politischen Kräfte zum euroatlantischen Kurs bekannten, gebrochen zu haben. Um seine ablehnende Haltung zur NATO zu untermauern, brachte Janukowytsch in der Werchowna Rada am 19. September eine entsprechende Resolution zur Abstimmung, die von 242 Abgeordneten (16 mehr als nötig) unterstützt wurde.

Auch auf innenpolitischer – genauer: regionalpolitischer – Ebene versucht das Janukowytsch-Lager, Juschtschenko seine Vollmachten streitig zu machen. Bislang ist es das Recht des Präsidenten, die Leiter der Oblastverwaltungen – die Gouverneure – zu ernennen und zu entlassen (auf Antrag des Ministerkabinetts).⁵ Die Partei der Regionen bemüht sich, diesen Zuständigkeitsbereich im Rahmen einer Verfassungsänderung auf die Oblastparlamente zu übertragen. Am 28. September forderte Janukowytsch Präsident Juschtschenko auf, fünf ‚orangene‘ Gouverneure wegen mangelnder Fähigkeiten zu entlassen.⁶ Juschtschenko kam dieser Aufforderung nicht nach mit der Begründung, die Partei der Regionen versuche lediglich, Juschtschenko-treue Beamten von ihren Posten zu vertreiben. Prompt sagte Juschtschenko seinen bereits angekündigten Auftritt vor dem Ministerkabinetts am Abend des 28. September ab.

⁵ Siehe Artikel 118 der ukr. Verfassung. Ob der Präsident jedoch verpflichtet ist, einem Ernennungs- oder Entlassungsantrag des Ministerkabinetts zu entsprechen, ist unklar – die Verfassung schweigt sich in diesem wie in vielen anderen Punkten aus.

⁶ Die jeweiligen Oblastparlamente hatten den Gouverneuren zuvor bereits ihr Misstrauen ausgesprochen. In Artikel 118 der ukrainischen Verfassung heißt es: „Wenn zwei Drittel der Abgeordneten eines Rajon- oder Oblastrates dem Vorsitzenden der Rajon- bzw. Oblastverwaltung das Misstrauen aussprechen, trifft der Präsident der Ukraine die Entscheidung über die Entlassung des Vorsitzenden der Regionalverwaltung.“ Diese Formulierung ist – wie viele andere – schwammig. Sie sagt nur, dass der Präsident eine Entscheidung treffen soll, nicht aber, dass er die entsprechenden Personen zwangsläufig entlassen muss.

Die letzten Waffen des Präsidenten

Die Zahl der ‚Machthebel‘, die der Präsident zur Durchsetzung seiner Politik bedienen kann, ist seit der Verfassungsreform stark geschrumpft. Nur noch über folgende Mechanismen kann Juschtschenko heute Einfluss ausüben:

- Juschtschenko hat das Recht, gegen Gesetze, die das Parlament beschließt, ein **Veto** einzulegen.⁷ Doch bei zu häufiger Anwendung verliert diese Waffe schnell an Kraft und Glaubwürdigkeit. Janukowytsch würde den Präsidenten als destruktiven Blockierer an den Pranger stellen.
- Juschtschenko kann Entscheidungen des Ministerkabinetts auf Eis legen, indem er sie vom **Verfassungsgericht** prüfen lässt.⁸ Auch diese Waffe ist so stark, dass sie sich nur in Ausnahmefällen einsetzen lässt.
- Juschtschenko kann **Verordnungen** erlassen, die das Ministerkabinetts bestätigen muss. Doch das Ministerkabinetts ist nicht an alle Erlässe zwangsläufig gebunden, es muss sie nicht gegenzeichnen – geschweige denn Geld zur Verfügung stellen, um die Realisierung der Erlässe zu ermöglichen.
- Laut Verfassung schlägt der Präsident den **Außen- und den Verteidigungsminister** (sowie den Generalstaatsanwalt und den Sicherheitsdienstchef) vor und bestimmt den außenpolitischen Kurs des Landes.⁹ Doch der Anti-NATO-Auftritt Janukowytschs in Brüssel hat gezeigt, dass Juschtschenkos Kurs von der Regierung einfach ignoriert wird.
- Juschtschenko bestimmt die Zusammensetzung des **Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (NSVR)**, über den er ebenfalls Verordnungen erlassen kann – doch die Wirkungskraft dieser Verordnungen

⁷ Siehe Artikel 106 der ukr. Verf., Absatz 30. Ein Veto des Präsidenten kann jedoch von einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments überstimmt werden.

⁸ Siehe Artikel 106, Absatz 15.

⁹ Vgl. Art. 106, Absätze 10, 11, 12 und 14.

gen ist (siehe oben) zweifelhaft.¹⁰ Insbesondere unter Petro Poroschenko hatte sich der NSVR zu einer Art „Gegenregierung“ gegen das Kabinett Timoschenko entwickelt. Möglicherweise schwebt Juschtschenko vor, den NSVR auch jetzt wieder zu einem Bollwerk gegen die Regierung Janukowytsch zu machen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, wäre ein Kampf bis aufs Messer zwischen Regierung und Präsident garantiert. Während der 750-Jahrfeier in Lwiw kam Ende September sogar das Gerücht auf, Juschtschenko könne möglicherweise Julia Timoschenko zur Sekretärin des NSVR ernennen. Dies war eher ein missglückter PR-Trick, denn Timoschenko würde kaum ein sicheres Abgeordnetenmandat mit dem Schleudersitz eines NSVR-Vorsitzenden eintauschen. Als weiterer – wesentlich wahrscheinlicherer – Kandidat wird Ex-Premier Jurij Jecharurow genannt. Bislang führt Volodymyr Horbulin die Amtsgeschäfte des NSVR-Sekretärs.

Die o.g. Waffen des Präsidenten scheinen nicht geeignet zu sein, Janukowytsch in Angst und Schrecken zu versetzen und ihm mehr Kompromissbereitschaft abzurufen.

Mitglieder des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (Stand: 4. Oktober 2006):

Juschtschenko, Viktor	Präsident der Ukraine, Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates
Asarow, Mykola	Erster Vizepremierminister, Finanzminister
Baloha, Viktor	Vorsitzender des Präsidialsekretariats
Drizhtschnyj, Ihor	Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes
Horbulin, Volodymyr	Amtierender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates

¹⁰ Laut Artikel 107 der ukrainischen Verfassung sind der Premierminister der Ukraine, der Außen-, Innen- und Verteidigungsminister sowie der Sicherheitsdienstchef feste Mitglieder des NSVR. Außerdem kann der Präsident (laut Gesetz 183/98-BP vom 5. März 1998, Artikel 6) jeden beliebigen anderen Leiter eines zentralen Exekutivorgans zum Mitglied des NSVR ernennen. Entscheidungen im NSVR werden stets mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefällt und durch Präsidialerlasse rechtsgültig gemacht.

Hryzenko, Anatolij	Verteidigungsminister
Janukowytsch, Viktor	Premierminister
Luzenko, Jurij	Innenminister
Makucha, Volodymyr	Wirtschaftsminister
Malomuzh, Mykola	Chef des ukrainischen Geheimdienstes
Medwedko, Oleksandr	Generalstaatsanwalt (auf Konsens)
Moros, Oleksandr	Parlamentspräsident (auf Konsens)
Poljatschenko, Jurij	Gesundheitsminister
Stelmach, Volodymyr	Chef der Nationalbank (auf Konsens)
Swarytsch, Roman	Justizminister
Tarasjuk, Borys	Außenminister

Neue Gesichter in der Bankowa

„Endlich!“, kommentierten viele, als Juschtschenko am 15. September seinen bisherigen Amtsleiter Oleg Rybatschuk entließ. Er ersetzte ihn und eine Reihe anderer führender Berater durch eine straff organisierte Truppe erfahrener Polit-Profis.



Viktor Baloha (geb. 1963, parteilos), ein Wirtschafts- und Verwaltungsfachmann, ist neuer Leiter des Präsidialamtes und hält künftig die Fäden in der Bankowa-Straße in der Hand. Ihm direkt unterstellt sind der Pressedienst des Präsidenten sowie der juristische Dienst (für den auch Arsenij Jazenjuk zuständig ist, siehe unten). Baloha war zuvor Minister für Fragen außergewöhnlicher Situationen und für Bevölkerungsschutz infolge der Tschernobyl-Katastrophe.



Erster Stellvertreter Balohas und Vertreter des Präsidenten im Ministerkabinett ist **Arsenij Jazenjuk** (geb. 1974), seines Zeichens Jurist, Ökonom und Bankenfachmann (er war 2003 für kurze Zeit stellvertretender Nationalbankchef). Im Präsidialsekretariat ist er nun zuständig für Wirtschafts-, Rechts- und Strategiefragen. Von September 2005 bis August 2006 war Jazenjuk Wirtschaftsminister der Ukraine (in der Regierung Jecharurow).



Viktor Bondar (geb. 1975): ehem. Transportminister. Im Präsidialsekretariat zuständig für Regional- und Personalpolitik, die Rechtsschutzorgane (darunter Miliz, Generalstaatsanwaltschaft, Sicherheitsdienste) und den Kontakt zu den Bürgern. Inwiefern Bondar auf dem Gebiet der Regionalpolitik erfolgreich sein kann, ist fraglich – er war nämlich nie Bürgermeister, geschweige denn Gouverneur.



Iwan Wasjnyk, bislang erster stellvertretender Leiter des Präsidialamtes, musste eine scharfe Einschränkung seiner Kompetenzen hinnehmen. Er wird sich künftig mit humanitären Fragen beschäftigen und für politische Analysen verantwortlich zeichnen – Medienberichten zufolge könnte jedoch auch eine gänzliche Entlassung Wasjnyks bevorstehen.



Oleksandr Tschalyj (geb. 1954, Partei „Witsche“), ein alter Hase in der ukrainischen Politik, wird für außenpolitische Fragen zuständig sein. Die Entscheidung Juschtschenkos, Tschalyj zu seinem außenpolitischen Berater zu machen, überrascht, da die Vorstellungen Tschalyjs von einer „aktiven Neutralität der Ukraine“ nicht wirklich mit der pro-NATO- und pro-EU-Politik des Präsidenten und seines Außenministers Tarasjuk in Einklang zu bringen sind. Mit Tschalyj hat sich Juschtschenko im Übrigen einen Repräsentanten der Oligarchie ins Haus geholt. Tschalyj ist Teil des in Konkurrenz zu Achmetow stehenden Taruta-Imperiums.

Zukunftsperspektive

Durch den Personalwechsel in der Präsidialverwaltung hat sich Juschtschenko nun in der

Tat eine neue Kernmannschaft zugelegt. Ob es ihm jedoch gelingen wird, mit dieser neuen Truppe seine Positionen in der Öffentlichkeit effektiver präsentieren und gegenüber Regierung und Parlament entschiedener vertreten zu können, wird sich zeigen. Vielleicht gibt das neue Präsidialamts-Personal Juschtschenko zumindest ein Stück mehr Realitäts-sinn, Selbstvertrauen und Entschlossenheit. Der Absturz seiner politischen Stütze im Parlament, Nascha Ukraina, ist für ihn allerdings schmerzlich. Wie das politische System mit der bislang noch nie praktizierten „Kohabitation“ zurecht kommen wird, werden die nächsten Monate zeigen.

Eines scheint sicher: Für die Ukraine, die wirtschaftliche, soziale und politische Reformen dringend benötigt und vor schwierigen Gasverhandlungen mit einem Russland steht, das vor Kraft und Selbstbewusstsein nach Jahren der Demütigungen kaum laufen kann, ist der derzeitige Kriegszustand zwischen Präsidialamt und Regierung verheerend. „Relations between Yushchenko and Yanukovich appear to be going from bad to worse“, kommentierte der britische Historiker Timothy Garton Ash. Sollte Präsident Juschtschenko seine Drohungen wahr machen und das umstrittene Gesetz über den Staatshaushalt 2007 blockieren, drohen eine weitere Eskalation im Konflikt zwischen Präsident und Ministerkabinet und eine neue Phase der Stagnation.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Ralf Wachsmuth

Mitarbeit: André Drewelowsky

wul. Schowkowschtschna 10/4, 01021 Kiew / Ukraine

e-mail: konrad@adenauer.kiev.ua, Internet:

www.kas.de/Ukraine